



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und SSW

Hochrisikomanagement ausweiten und Gewaltschutz effektiver gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Schleswig-Holstein arbeitet intensiv an der konsequenten und umfangreichen Umsetzung der „Istanbul Konvention“. Sie hat als internationale, völkerrechtliche Vereinbarung auch in Deutschland den Rang eines geltenden Gesetzes. Dabei ist die Umsetzung eines landesweiten Hochrisikomanagements wesentlicher Baustein.

Die Landesregierung wird gebeten die Ausweitung des Hochrisikomanagements in Schleswig-Holstein konsequent fortzuführen.

Der Landtag begrüßt, dass die zwei Modellprojekte in Flensburg und Ratzeburg evaluiert wurden und derzeit intensiv an Instrumenten gearbeitet wird, um eine Ausweitung auf ganz Schleswig-Holstein durch entsprechende Rahmenbedingungen vorzubereiten. Hierfür sind die Anpassung der entsprechenden polizeirechtlichen Grundlagen und der neue Leitfaden zur einheitlichen Umsetzung des Hochrisikomanagements zentral.

Im nächsten Schritt sollen beide Instrumente flächendeckend in Schleswig-Holstein zur Anwendung kommen. Dazu gehört die Benennung von Hochrisikobeauftragten, der Einsatz von Gefährdungsanalysen und die Einführung von Fallkonferenzen durch die Netzwerkpartner wie Polizei oder Frauenfachrichtungen.

Der Landtag bittet die Landesregierung dem Landtag im ersten Quartal 2025 über die Umsetzung der Ausweitung des Hochrisikomanagements zu berichten.

Begründung:

Die Koalitionsfraktionen haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Umsetzung der Istanbul Konvention konsequent voranzutreiben. Artikel 51 der Istanbul-Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten dazu erforderliche Maßnahmen zur Gefährdungsanalyse, insbesondere auch bei der Gefahr von wiederholten Gewalttaten durchzuführen, und ein Gefahrenmanagement umzusetzen. Über das Hochrisikomanagement sollen entsprechende Maßnahmen landesweit etabliert werden.

Katja Rathje Hoffmann
und Fraktion

Catharina Johanna Nies
und Fraktion

Beate Raudies
und Fraktion

Annabell Krämer
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion